

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

49. Sitzung
6. März 2025

Beginn: 09.02 Uhr
Schluss: 11.41 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Julia Schneider (GRÜNE) fragt für ihre Fraktion:

"Stimmt es, dass es eine neue Anweisung der obersten Naturschutzbehörde Berlins gibt, die die Nutzung eines bestimmten Geräts zur Sammlung von Zauneidechsen vorschreibt?"

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass es keine allgemeine Anweisung der obersten Naturschutzbehörde gebe. Es werde sich bei den Nebenbestimmungen einer Genehmigung aber an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. In diesem Fall würden Einfall- und Einlaufboxen vorgeschrieben, da diese eine Gefährdung der gefangenen Tiere durch Fressfeinde ausschließen.

Julia Schneider (GRÜNE) fragt nach, ob es verschiedene Hersteller gebe und welche Vorgehensweise andere Bundesländer praktizierten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass für die Entscheidung nur wissenschaftliche Erkenntnisse leitend seien. Sie habe keine Informationen über das Vorgehen anderer Bundesländer oder dem Herstellermarkt.

Alexander Bertram (AfD) fragt für seine Fraktion:

"Welche Auflagen zur Gewährleistung der Sauberkeit im öffentlichen Raum und der Wahrung umweltrechtlicher Belange wurden den Initiatoren des Protestcamps auf der Grünanlage auf dem Oranienplatz gemacht?"

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt aus, dass durch den Bezirk und die Versammlungsbehörde umfangreiche Beschränkungen mit 14 Maßnahmen vorgegeben worden seien. Die Zelte seien wöchentlich umzusetzen, die Notdurft dürfe nur in Sanitäreinrichtungen erfolgen, die Müllentsorgung erfolge über Abfallbehälter, ein Befahren der Grünanlage durch Fahrzeuge sei verboten und nur, wenn nicht anders möglich, mit lastenverteilenden Mitteln zulässig, der Aufbau dürfe nur manuell durchgeführt werden, eine Baumkronenschädigung sei ausgeschlossen, daher dürften Zelte nur außerhalb des Traufbereichs aufgestellt werden, die Anbringung von Befestigungen an der Vegetation sei verboten, es dürften keine Flüssigkeiten ausgebracht werden, auf Revisionsschächten dürften keine Aufbauten erfolgen, Versorgungsleitungen müssten stolpersicher verlegt werden, der Brandschutz sei sicherzustellen, Löschmittel müssten bereitgehalten werden, offenes Feuer sei verboten, die Möblierung der Grünanlage dürfe nicht beschädigt werden, der Generatorenbetrieb erfolge nur auf geeigneten Wannen und Zelte seien offenzuhalten. Außerdem sei die Zeltfläche um die Hälfte reduziert worden.

Alexander Bertram (AfD) fragt nach, wie die Auflagen kontrolliert würden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass der Bezirk und die Versammlungsbehörde dafür zuständig seien.

Danny Freymark (CDU) bittet, dass die Entfernung von Schiffswracks in der Rummelsburger Bucht erläutert werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass die Koalition das Problem lösen wolle. Bislang seien fünf Schiffswracks geborgen worden. Die Kosten pro Wrack betrügen 7 000 Euro, und es gebe noch etliche weitere Wracks in den Berliner Gewässern. Das Verfahren sei aufwendig, da zunächst nach einem Eigentümer gesucht werden müsse. Dann erfolge eine öffentliche Zustellung, in der die Ersatzvornahme angedroht werden müsse. Erst nach Ablauf der Fristen könne die Ersatzvornahme durchgeführt werden. Dass sich Eigentümer nicht mehr um die Entsorgung kümmern und dies der Allgemeinheit überließen, sei ein zunehmendes gesellschaftliches Problem.

Danny Freymark (CDU) fragt, ob die Menge der vermutlich über 200 weiteren Wracks überhaupt bearbeitet werden könne. Müssten die Mittel im Haushalt erhöht werden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass die SenMVKU weitere Wracks bergen wolle. Die Haushaltslage beschränke die Möglichkeiten aber, daher werde geprüft, ob es möglich sei, den Verwaltungsaufwand zu umgehen, um Kosten zu senken.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt nach, ob es durch die Sparmaßnahmen Auswirkungen auf die Eintrittsgelder bei der Grün Berlin GmbH geben werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass die Eintrittsgelder erhöht würden.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt, ob die Senatorin zustimme, dass Eintrittsgelder problematisch seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass Eintrittspreise durch die gute Pflege der Parks und den vielen Attraktionen gerechtfertigt seien. Berlin sei gut mit kostenlosen Naherholungsgebieten ausgestattet.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) berichtet, dass das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie die Hinweiskarte für Starkregengefahren für Berlin und Brandenburg veröffentlicht habe. Darauf seien potenzielle Gefahrenbereiche bei außergewöhnlichem und extremen Starkregen mit Wassertiefen, Fließgeschwindigkeiten und Fließrichtungen dargestellt. – Auf dem neuen AQUA.Campus der BWB sei das Frühlingsfest veranstaltet worden. Dort sei das neue Ausbildungszentrum der BWB, das klimafreundliche und Schwammstadt-gemäße Architektur mit modernen Inhalten zur Aus- und Fortbildung zur Digitalisierung, dem Klimaschutz, den erneuerbaren Energien und Photovoltaik verbinde. Der Campus stehe auch Auszubildenden kleinerer Betriebe offen.

Danny Freymark (CDU) greift auf, dass das Abgeordnetenhaus die Aufgaben der BWB dahin geändert habe, dass nun mehr das Wassermanagement statt der reinen Abwasserbeseitigung im Vordergrund stehe. Seien die BWB nun stärker dabei eingebunden, Starkregenereignisse vorherzusagen sowie Maßnahmen umzusetzen, dieses Wasser auch zu speichern?

Alexander Bertram (AfD) merkt an, dass die Starkregenkarte nicht alle Geländedetails darstelle und die Situation vor Ort beachtet werden müsse. Werde das weiter verbessert? Welche Planungen und Vorsorgemaßnahmen ergäben sich aus den Ergebnissen der Starkregenkarte, oder diene die Karte nur der Orientierung?

Linda Vierecke (SPD) bittet, dass ausgeführt werde, welche Auswirkungen Starkregen auf die Stadt habe und welche Folgerungen daraus gezogen würden. – Wie werde die stärkere Aufgabe der BWB beim Wassermanagement bewertet? Bis wann sei die bauliche Fertigstellung des AQUA.Campus geplant?

Julia Schneider (GRÜNE) bittet um Ausführungen, ob die Starkregenkarte zur Umsetzung von Maßnahmen führe. – Sei angesichts der Kürzungen bei den BWB mittlerweile absehbar, wie die Einsparungen vorgenommen würden? Könne ausgeschlossen werden, dass weitere

Projekte der BWB gekürzt würden? – Die BWB hätten große Investitionsbedarfe auch durch die Aufgabenerweiterungen wie den Notbrunnen, aber das sei finanziell nicht hinterlegt. Wie werde das bewertet, und welche Pläne dagegen gebe es für die Zukunft? – Wie könnten externe Betriebe den AQUA.Campus nutzen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass für ein besseres Wassermanagement die BWB, die BIM und die Grün Berlin GmbH in einer Allianz zusammenarbeiteten. Die Allianz habe das Ziel, Flächen zu entsiegeln und damit Abwasserkanäle zu entlasten und Regenwasser im Boden versickern zu lassen. Der umgebaute Gendarmenmarkt sei ein Beispiel für eine geeignete Platzgestaltung bei Starkregenereignissen. – Maßnahmen der BWB würden je nach Art der Maßnahme durch die Gebühren der Verbraucher oder durch Zuschüsse des Landes finanziert. Inwiefern Kürzungen des Landes Maßnahmen der BWB betreffen, müsse daher nach der Finanzierung differenziert betrachtet werden. – Externe Unternehmen könnten den AQUA.Campus nutzen, indem Ausbildungsleistungen gebucht würden. Diese Offenheit sei eine Auflage der Förderung durch das Land gewesen. Die gemeinsame Ausbildung stärke den Austausch und entlaste die Unternehmen, da nicht alle Maschinen für die Ausbildung angeschafft werden müssten.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Volksinitiative gemäß Artikel 61 Absatz 1 der
Verfassung von Berlin
Drucksache 19/2100
„Bauwende für Berlin – ökologisch und sozial“

[0216](#)
UK
ArbSoz
StadtWohn(f)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 17.02.2025

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Wildtier-Kompetenzzentrum für Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0108](#)
UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 14.03.2024

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Wildtierkompetenzzentrum: aktueller Stand und
nächste Schritte**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0224](#)
UK

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0227](#)
Wildtierkompetenzzentrum Berlin: Aktueller Stand UK
und Zukunftsaussichten
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) berichtet, dass das Konzept eines Wildtierkompetenzzentrums seit der Anhörung weiterentwickelt und die Umsetzung vorangetrieben worden sei. Das Ziel sei mittlerweile ein Wildtiernetzwerk, das unter Einbindung bereits bestehender Angebote der Wildtierberatung Beratung für die Bürger/-innen, Fortbildung und Vernetzung bestehender Strukturen sowie eine medizinische Unterstützung verletzter Wildtiere mit einem neuen Ambulanzfahrzeug anbieten solle. Eine angedachte Pflege- und Auswilderungsstation mitsamt wissenschaftlicher Begleitung sei aufgrund der Haushaltslage verschoben worden. 2024 seien in einer Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure Bedarfe ermittelt und das Arbeitsprogramm des Netzwerks aufgestellt worden. Außerdem sei ein Ambulanzfahrzeug angeschafft sowie die Stellenbesetzungsverfahren begonnen worden. Träger sei das Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung – IZW –, das eine große Expertise in diesem Bereich habe.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fasst zusammen, dass es großen Handlungsbedarf gebe und der Aufbau des Wildtierkompetenzzentrums nötig sei. Die bestehenden Akteure müssten eingebunden werden, aber es sei noch offen, wie dies geschehen könne und wie diese auch finanziell unterstützt werden könnten. Ungelöst sei auch noch, dass Waschbären nicht wieder ausgewildert werden dürften. Daher brauche es für diese Tiere Auffangstationen. Gebe es bereits neue Erkenntnisse dazu? – Habe es bei dem Konzept eines Wildtierkompetenzzentrums grundlegende Weiterentwicklungen gegeben oder beschränkten sich die Änderungen auf das Verschieben einzelner Elemente? Wie könnten die Beratungsangebote für Bürger/-innen verbessert werden? Das Wildtiertelefon sei zeitlich nur eingeschränkt erreichbar. Eine bestehende Webseite mit einer Auflistung aller Beratungsangebote müsse leichter auffindbar gestaltet werden.

Danny Freymark (CDU) zeigt sich erfreut, dass das Wildtiernetzwerk umgesetzt worden sei. Die anderen Fraktionen müssten anerkennen, dass die Haushaltslage schwierig sei, sodass nicht alles Wünschenswerte beim Wildtiernetzwerk umgesetzt werden könne. Dass es hier dennoch keine Kürzungen gegeben habe, sei aber ein wichtiges Zeichen. – Im Laufe des Jahres solle sich der Ausschuss erneut mit dem Thema befassen, um sich und die Öffentlichkeit über die Entwicklungen zu informieren. Idealerweise könne das Netzwerk für alle Wildtiere ein Angebot bereitstellen. Die Initiativen für Waschbären hätten angemerkt, dass sie sich eine stärkere Einbindung und ein Mitdenken von invasiven Arten bei dem Angebot gewünscht hätten.

Linda Vierecke (SPD) begrüßt, dass das Wildtiernetzwerk trotz der PMA aufgesetzt worden sei. Das sei wichtig, um Konflikte mit Wildtieren zu lösen, den Tieren zu helfen und Wissen über Wildtiere und dem Zusammenleben in die Bevölkerung zu tragen. Es gebe noch offene Aufgaben, aber zunächst sei es vorrangig, die Akteure zusammenzubringen, gut einzubinden und für die Engagierten einen Mehrwert zu schaffen. – Warum sei die Bezeichnung zu Netzwerk geändert worden? Sei eine mobile Versorgung der verletzten Tiere weiterhin gewähr-

leistet? Wie laufe die Auswilderung von gepflegten Tieren konkret ab? Wie würden ehrenamtliche Initiativen in dem Netzwerk eingebunden und gestärkt?

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) unterstreicht, dass auch die bereits bestehenden Strukturen und Initiativen im Wildtierbereich von diesem Projekt profitieren und stärker eingebunden werden müssten. Der Vorschlag seiner Fraktion, der in der vorherigen Regierung nicht habe durchgesetzt werden können, habe eine stärkere Einbindung bereits bestehender Strukturen vorgesehen. – Das Wildtierkompetenzzentrum erhalte sieben Stellen. Wie viele dieser Stellen seien wissenschaftliche Stellen? Liege die Entscheidung der Stellenbesetzung alleine beim IZW? Gebe es auch Stellen, die von den bisher ehrenamtlich Engagierten besetzt werden könnten, oder beschränke sich die Zusammenarbeit in dem Netzwerk auf einen Informationsaustausch?

Katalin Gennburg (LINKE) weist hin, dass die Anhörung gezeigt habe, dass es beim Umgang mit dem Waschbären nach wie vor offene Fragen gebe. Bisherige Praktiken wie der Fallenfang oder der Abschuss von Tieren seien tierschutzrechtlich und ethisch fragwürdig, gleichzeitig gebe es viele Konflikte mit dem Waschbären. Alleine 2025 habe der Verein „Hauptsache Waschbär“ bereits 45 Einsätze zur Hilfe von Tieren und Bürger/-innen absolviert. Es sei offen, ob das Wildtiernetzwerk für die Waschbärproblematik ausreichend sei. Welche Erfahrungen habe das IZW im Umgang mit dem Waschbären? Welche Maßnahmen plane der Senat im Bereich Waschbär konkret?

Alexander Bertram (AfD) merkt an, dass die Zahlen des NABU-Wildtiertelefons verdeutlichten, wie wichtig dieses Projekt und gerade die Waschbärproblematik sei. 2024 habe es 3 000 Anrufe gegeben, davon 769 zu Problemen mit dem Waschbären. – Sei der Namenswechsel ein Hinweis auf eine dezentralere Struktur? Wie laufe der Prozess der Einbindung und Auswahl der Partner für das Netzwerk ab?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass sie die Danksagungen der Fraktionen den zuständigen Mitarbeiter/-innen in der Verwaltung weitergegeben werde.

Dr. Stefanie Hennecke (SenMVKU) erläutert, dass der Begriff „Zentrum“ falsche Vorstellungen eines zentralen Ortes für das Wildtiermanagement geweckt habe. Der geänderte Name Wildtiernetzwerk spiegle die Ziele, bereits bestehende Strukturen zu bewahren, zu stärken und Lücken im Angebot zu schließen, besser wider. – Die sieben beim IZW angesiedelten Stellen seien keine wissenschaftlichen Stellen. Eine Stelle sei für die Koordination geplant, um das Netzwerk zu pflegen und die Akteure einzubinden. Des Weiteren gebe es zwei Tierarztstellen für das medizinische Ambulanzangebot. Drei Stellen seien für die telefonische Beratung vorgesehen, sodass auch ein Beratungsangebot am Abend und am Wochenende angeboten werden könne. Zwei Stellen seien für die Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen, um auch auf Social-Media-Plattformen aktiv sein zu können. Eine Webseite als einheitlicher Auftritt für das Wildtierberatungsangebot in Berlin werde aufgebaut. Ein großer Fokus der Arbeit des Netzwerkes solle auf einem besseren und einheitlicheren Beratungs- und Aufklärungsangebot liegen. Dadurch könnten viele unnötige Hilfsmaßnahmen bei vermeintlich hilflosen Tieren verhindert werden. Die Beratung zielen auch auf die Initiativen ab, um die Beratungsqualität zu vereinheitlichen. – Der Aufbau des Netzwerkes habe Unruhe unter den bereits aktiven Initiativen verursacht. Das IZW engagiere sich bereits sehr gut und noch ohne Finanzierung des Landes. – Der Umgang mit dem Waschbären sei bundesgesetzlich und länderübergreifend einheitlich geregelt. Sehr wichtig seien die Aufklärung und die Moderation bei Konflikten.

Das IZW sei dafür geeignet, da es dazu forsche und wichtiger wissenschaftlicher Partner sei. Der Verein „Hauptsache Waschbär“ werde als Partner ins Netzwerk eingebunden.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechungen ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1622

**Angstfrei laufen – Läuferinnen und FLINTA*
Personen im öffentlichen Raum**

[0176](#)

UK

IntGleich*

Sport(f)

Julia Schneider (GRÜNE) begründet, dass die Sportausübung für alle angstfrei möglich sein solle, aber gerade „FLINTA*“-Personen seien in der Öffentlichkeit gefährdet. Sicherheit im Öffentlichen Raum sei ein Grundrecht und müsse gewährleistet werden. Maßnahmen wie Beleuchtung könnten so eingerichtet werden, dass Lichtverschmutzung vermindert werde.

Danny Freymark (CDU) bittet um Ausführungen zu den Kernforderungen des Antrags, wie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Problem der höheren Kosten für die Bezirke sowie die Lichtverschmutzung bewerteten, sollten bislang unbeleuchtete Joggingrouten beleuchtet werden. – Ein Vorzugsrecht für „FLINTA*“-Personen für Sportanlagen würde andere Nutzungsgruppen beeinträchtigen. – Sollten die erwähnten Selbstverteidigungskurse durch den Staat oder der Vereine durchgeführt werden? – Was genau sei die unbewusste Einschüchterung durch Männer, die in der Werbekampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung berücksichtigt werden sollte?

Linda Vierecke (SPD) erkennt an, dass es dieses Unsicherheitsgefühl gebe und es wichtig sei, dass sich alle Personen beim Sporttreiben sicher fühlten. Lichtverschmutzung sei aber ein Problem in der Stadt. Eine sparsame Beleuchtung sei möglich, aber es gebe keine Belege, dass Licht die Sicherheit objektiv steigere. Bei wichtigen Joggingrouten könnte die Beleuchtung möglicherweise auch zeitlich begrenzt eingesetzt oder smart gesteuert werden. – Eine Kampagne wäre möglich, das Vorzugsrecht bewerte sie aber kritisch.

Alexander Bertram (AfD) kritisiert, dass der Antrag die Ursache des Problems eben nicht löse und dass die Partei Bündnis 90/Die Grünen politisch wenig kohärent agiere. Seine Partei wolle eine bessere Beleuchtung in Grünanlagen, was in den BVVs seitens der Grünenfraktionen mit Hinweis auf Lichtverschmutzung abgelehnt werde. Eine zeitliche Beschränkung der Beleuchtung und damit der Joggingzeiten sei eine unzulässige Einschränkung. Die Beleuchtung müsse durchgehend zur Verfügung stehen. Eine Sonderbehandlung von einzelnen Gruppen bei Sportanlagen werde ebenfalls abgelehnt. – Der Antrag verschleierte das eigentliche Problem, dass nur eine bestimmte Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund Frauen und Mädchen belästige und die Stadt zunehmend unsicherer werde.

Katalin Gennburg (LINKE) vertritt die Auffassung, dass „FLINTA*“-Personen besser geschützt werden müssten, aber die Vorschläge im Antrag das nicht leisten könnten. Wichtig sei, die Gesellschaft insgesamt für „FLINTA*“-Personen sicherer zu machen und nicht nur selektiv Orte. Letzteres stoße an Grenzen, da es unrealistisch sei, jede potenzielle Joggingrou-

te auszuleuchten, und gleichzeitig die Umwelt- und Tierwelt vor Lichtemissionen zu schützen. – Kritisch sei, dass der Antrag dem Angstdiskurs rechter Parteien Vorschub leiste, dass der öffentliche Raum per se unsicher sei. Dies sei nicht der Fall. – Der Antrag vermenge verschiedene Themen, wobei der Vorrang bei Sportstätten sowie die Selbstverteidigungskurse unterstützt würden.

Julia Schneider (GRÜNE) hält entgegen, dass es den Wunsch nach einem besseren Sicherheitsgefühl gebe. Es sei nicht das Ziel, komplette Parks ausleuchten, sondern nur einzelne stärker frequentierte Strecken. Um die Lichtverschmutzung zu reduzieren, könne moderne Technologie genutzt werden. – Der Landessportbund Berlin selbst schlage ein Vorzugsrecht vor, um die Teilnahmequote von Mädchen an Sportangeboten zu steigern. – Der Antrag sei nur ein Baustein, um die größeren gesellschaftlichen Ursachen anzugehen.

Danny Freymark (CDU) erläutert, dass der Antrag abgelehnt werde, da das Problem nicht wirklich gelöst werde. Als Unterausschuss müsse auch das Problem der Lichtverschmutzung beachtet werden. Auch die Haushaltslage setze bei der Umrüstung und der Einführung neuer Technologien enge Grenzen. Möglicherweise könne bereits die Ausweisung von Joggingstrecken durch eine höhere Frequentierung mehr Sicherheitsgefühl schaffen. Bei einem Mangel bei Selbstverteidigungskursen sollten die Vereine und der Sportbund direkt angesprochen werden, das Angebot zu erhöhen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass es in der Hasenheide ein Pilotprojekt mit smarten Leuchten gebe, die nur leuchteten, wenn sich eine Person in der Nähe der Leuchte befinde. Es werde evaluiert, ob dies eine Lösung sein könne, ein verbessertes Sicherheitsgefühl mit einer reduzierten Lichtverschmutzung zu verbinden.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Ausschuss für Sport die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1622 – zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.